



Landesrechnungshof Postfach 3180 24030 Kiel

Vorsitzender  
des Finanzausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Lars Harms, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

**Nachrichtlich**

Mitglieder des Finanzausschusses und  
die weiteren Mitglieder des Schleswig-  
Holsteinischen Landtages

Frau Ministerin  
Monika Heinold  
Finanzministerium  
des Landes Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 64  
24105 Kiel

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen  
P

Telefon 0431 988-0  
Durchwahl 988-8900

Datum  
11. März 2024

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) und den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024, Landtagsdrucksachen 20/1700 und 20/1701 vom 14.12.2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Haushaltsentwurf 2024 ist gekennzeichnet durch eine rekordverdächtige Neuverschuldung von 1.649.064.000 €.

Wesentlicher Grund hierfür: Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 sind die in der Vergangenheit auf Vorrat aufgenommenen Notkredite weggefallen. Auf die daraus gebildeten Rücklagen und Sondervermögen darf nicht mehr zurückgegriffen werden. Die Landesregierung löst dieses Problem, indem sie mithilfe eines neuen Notlagenbeschlusses<sup>1</sup> die weggefallenen Kredite erneut aufnimmt. Haushaltskonsolidierung findet dagegen nicht statt.

Dies ist keine solide und nachhaltige Haushaltspolitik.

Im Einzelnen nimmt der Landesrechnungshof zum Haushaltsentwurf 2024 wie folgt Stellung:

---

<sup>1</sup> Vgl. Landtagsdrucksachen 20/1655(neu) und 20/1978 (Neufassung des Beschlusses).

## I. Eckdaten Haushaltsentwurf 2024 inklusive Änderungsvorschläge der Landesregierung (sogenannte Nachschiebeliste)<sup>1</sup>

Mit dem Haushaltsentwurf 2024 veranschlagt die Landesregierung **bereinigte Ausgaben von 18 Mrd. €**. Im Vergleich zum ursprünglichen Haushaltsplan 2023 steigen damit die Ausgaben um 1,25 Mrd. € bzw. 8 %. Die **bereinigten Einnahmen von 16 Mrd. €** reichen nicht aus, um diese hohen Ausgaben zu decken.

Damit beträgt das **Finanzierungsdefizit 2 Mrd. €** – gedeckt überwiegend durch neue Notlagenkredite in Höhe von 1,5 Mrd. €.

### Eckdaten Haushaltsentwurf 2024 (Mio. €)

	Haushaltsplan 2023	Haushaltsentwurf 2024	Änderung
<b>bereinigte Einnahmen</b>	<b>15.774</b>	<b>16.043</b>	<b>+269</b>
<b>abzüglich bereinigte Ausgaben</b>	<b>16.720</b>	<b>17.976</b>	<b>+1.256</b>
Personalausgaben	5.237	5.637	+400
Sachausgaben	1.043	1.226	+183
Zinsausgaben	481	599	+118
Kommunaler Finanzausgleich	2.277	2.209	-68
sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	5.899	5.976	+77
Investitionen (ohne KFA)	1.698	2.278	+580
sonstige Ausgaben	85	51	-34
<b>= Finanzierungssaldo</b>	<b>-947</b>	<b>-1.933</b>	<b>-986</b>
Rücklagen	575	284	-291
<i>davon aus Notkrediten</i>	<i>334</i>		
Nettokreditaufnahme	372	1.649	+1.277
<i>davon Notkreditaufnahme</i>		<i>1.516</i>	

Die Gründe für das hohe Finanzierungsdefizit sind vielschichtig:

Zum einen fallen die Steuereinnahmen um fast 680 Mio. € geringer aus, als die Landesregierung dies mit ihren Eckwerten im Frühjahr 2023 geplant hat. Insbesondere die

<sup>1</sup> Vgl. Umdruck 20/2790.

auf Bundesebene beschlossenen Entlastungsgesetze führen zu Mindereinnahmen. Überraschend kommt dies nicht, die Landesregierung hatte 2022 diesen Entlastungsmaßnahmen im Bundesrat zugestimmt.

Zum anderen steigert die Landesregierung mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2024 erneut ihre Ausgaben, im Vergleich zum Haushalt 2023 um mehr als 1,2 Mrd. €. Zur Erinnerung: Schon mit dem Haushalt 2023 sind die Ausgaben um mehr als 2,2 Mrd. € gestiegen.

Ins Gewicht fallen dabei insbesondere die hohen Mehrausgaben für Personal und Zinsen.

Die **Personalausgaben** steigen 2024 um 400 Mio. €. Ein Kostentreiber hierfür sind die erneut hohen Stellenaufwüchse, die der Entwurf des Landeshaushalts 2024 vorsieht.

Die 721<sup>1</sup> zusätzlichen Stellen führen allein zu Ausgabensteigerungen von rund 50 Mio. €. Der Rest verteilt sich auf steigende Versorgungsleistungen und auf Tarifierhöhungen. Damit setzt die Landesregierung ihre expansive Stellenpolitik der letzten Jahre fort.



Quelle: Haushaltspläne

<sup>1</sup> Diese Zahl haben wir in Abstimmung mit dem Finanzministerium am 13.03.2024 korrigiert.

Von 2017 bis 2024 hat die Landesregierung über 5.400 neue Stellen geschaffen. Diesen Stellenaufwuchs kann sich das Land auf Dauer nicht leisten. Bis 2032 rechnet die Landesregierung mit einem Anstieg der Personalausgaben um 1,5 Mrd. € auf dann 6,7 Mrd. €.

Die **Zinsausgaben** steigen 2024 um 118 Mio. €. Verschärft wird die Zinsproblematik durch die hohe Neuverschuldung von 1,6 Mrd. €. Allein diese wird zusätzliche Zinsmehrausgaben von jährlich etwa 50 Mio. € ausmachen. Schon 2032 rechnet die Landesregierung mit jährlichen Zinsausgaben von mehr als 1,1 Mrd. €.

Neue Kredite können nur kurzfristig eine Lösung sein, langfristig gefährden sie die Tragfähigkeit der Landesfinanzen.

## II. Notkreditaufnahme

Von den insgesamt neuen Krediten von 1,6 Mrd. € entfallen 1,5 Mrd. € auf sogenannte Notkredite. Mit diesen setzt die Landesregierung die Vorgaben des Landtagsbeschlusses<sup>1</sup> vom 23.11.2023 um. Begründet wird die Notsituation mit den Folgen der Corona-Pandemie, des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine sowie der Naturkatastrophe Jahrhundert-Sturmflut im Oktober 2023.

Der LRH hat Zweifel, ob die Folgen der Corona-Pandemie auch noch 2024 eine tragfähige Begründung für eine Notlage darstellen. Immerhin sind über 4 Jahre vergangen und die Finanzministerin hatte bereits 2022 die Corona-Krise folgerichtig für beendet erklärt und 2,3 Mrd. € Corona-Notkredite zurückgegeben.

Mit Mitteln des Notkredits soll 2024 auch die Ansiedelung der Batteriezellfabrik der Firma Northvolt in der Nähe von Heide i.H.v. 137 Mio. € unterstützt werden. Die Maßnahme diene der Energieunabhängigkeit, so die Erläuterung im Haushaltsentwurf.

Es ist mehr als zweifelhaft, ob die verfassungsrechtlichen Anforderungen für eine Notlagenfinanzierung erfüllt sind: Hier geht es um eine gezielte Maßnahme der Wirtschaftsförderung, die schon vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine geplant war.

---

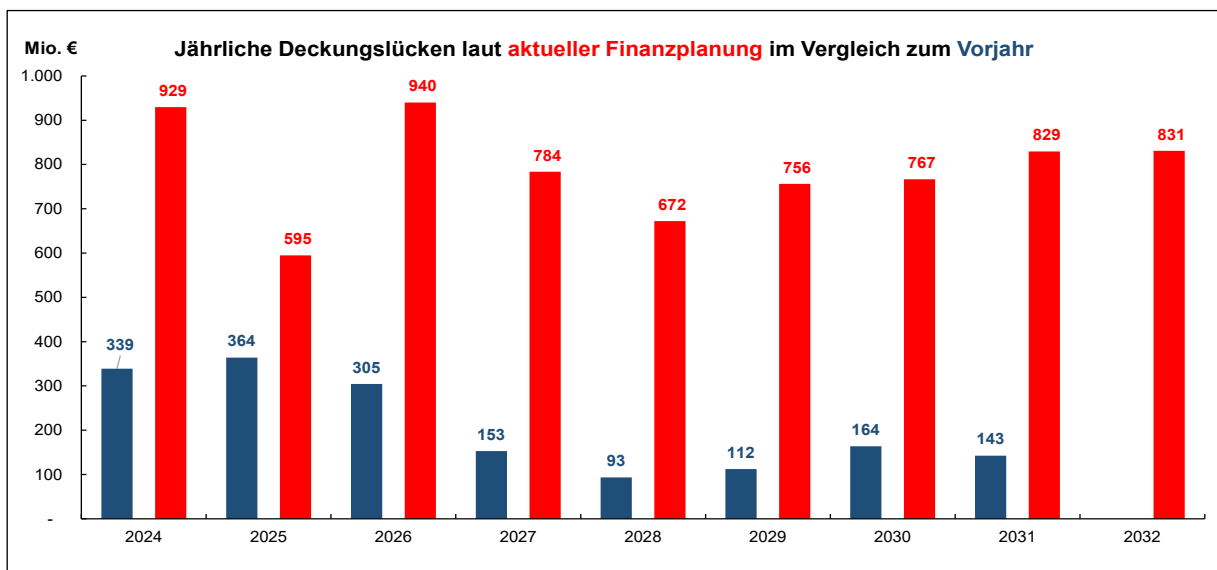
<sup>1</sup> Vgl. Drucksache 20/1655 (neu).

Statt mit Notkrediten hätte diese Förderung aus dem Haushalt finanziert werden müssen. Das Finanzministerium hatte ursprünglich geplant, dass die Einnahmen aus der Abwicklung der hsh portfoliomanagement AöR genutzt werden sollen, um die Energieunabhängigkeit weiter zu beschleunigen.

### III. Ausblick: steigende Deckungslücken in den nächsten Jahren

Die nächsten Jahre werden noch schwieriger. Laut aktueller Finanzplanung werden bis 2032 durchschnittlich mehr als 700 Mio. € pro Jahr fehlen.

Die nachfolgende Grafik stellt die Deckungslücken der aktuellen Finanzplanung denen der Finanzplanung des Vorjahres gegenüber.



Quelle: Drucksachen 20/764 und 20/1894. Die Deckungslücken errechnen sich als Summe aus Handlungsbedarf und Finanzierungssaldo.

Diese Deckungslücken müssen in den nächsten Jahren geschlossen werden, und zwar durch eine nachhaltige und dauerhafte Haushaltskonsolidierung. Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand und an die Einnahmen angepasst werden. Die Auflösung von Vorsorgen für steigende Pensionsausgaben genügt dieser Anforderung nicht und verschiebt das Problem in die Zukunft.

Neue Kreditaufnahmen können nur kurzfristig eine Lösung sein, langfristig verschärft die steigende Verschuldung die finanzpolitischen Probleme des Landes.

#### **IV. Fazit**

Schleswig-Holstein ist mit 32 Mrd. € verschuldet. 2024 sollen 1,6 Mrd. € neue Schulden hinzukommen. Bereits jetzt beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung 10.600 €. Das ist doppelt so hoch wie der Durchschnitt der Flächenländer. Dieser Vergleich zeigt, dass Schleswig-Holstein ein Ausgabenproblem hat.

Die hohe Verschuldung paart sich mit einer vergleichsweise geringen Wirtschaftskraft. Die Tragfähigkeit der Landesfinanzen wird hierdurch gefährdet.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Gaby Schäfer